

Sigmar Gabriel, die Postmoderne und der Datenschutz

Erwiderung und Empfehlung

Stand: 1.1.2018

Inhalt

Statement Sigmar Gabriel	2
Modern ist nicht postmodern	2
Datenschutz als Arbeitnehmerschutz	3
Eine Chance	4

Ute Bernhardt

Ingo Ruhmann

Karin Schuler

Thilo Weichert

www.netzwerk-datenschutzexpertise.de

Statement Sigmar Gabriel

In einem Gastbeitrag unter dem Titel „Sehnsucht nach Heimat“ wurde im Spiegel 51/2017 ein Gastbeitrag von Sigmar Gabriel (früherer SPD-Bundesvorsitzender) abgedruckt, in dem dieser sich öffentlich darüber Gedanken macht, „wie die SPD auf den Rechtspopulismus reagieren muss“. Darin vertritt er die diskussionswürdige These, dass der aktuelle Rechtspopulismus keine Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Modernisierung darstelle, sondern im Gegenteil Ausdruck einer Sehnsucht nach dieser Moderne sei. Mit dieser seien nicht nur die Autoritären verschwunden, sondern auch die Autoritäten, die Sicherheit und Orientierung liefern können in einer **Gesellschaft des „anything goes“**. Der Fehler der Sozialdemokraten habe darin bestanden, sich dem Wettbewerbsdruck der postmodernen Globalisierung angepasst zu haben. Wettbewerbsfähigkeit sei wichtiger gewesen als Löhne und Renten, mit denen man nicht nur leben, sondern „gut leben“ kann.

Es folgen Ausführungen von Gabriel, die wörtlich zitiert werden sollen, weil sie Ausdruck eines gewaltigen, leider weit verbreiteten sozialdemokratischen Irrtums sind: *„Wir haben uns kulturell als Sozialdemokraten und Progressive oft wohlgefühlt in postmodernen liberalen Debatten. Umwelt- und Klimaschutz waren uns manchmal wichtiger als der Erhalt unserer Industriearbeitsplätze, **Datenschutz war wichtiger als innere Sicherheit** und die Ehe für alle haben wir in Deutschland fast zum größten sozialdemokratischen Erfolg der letzten Legislaturperiode gemacht und nicht genauso empathisch die auch von uns durchgesetzten Mindestlöhne, Rentenerhöhungen oder die Sicherung Tausender fair bezahlter Arbeitsplätze bei einer der großen Einzelhandelsketten. Ein Blick auf die Entwicklung der Demokraten in den USA zeigt, wie gefährlich diese Konzentration auf die Themen der Postmoderne sein kann. Wer die Arbeiter des Rust Belt verliert, dem werden die Hipster in Kalifornien auch nicht mehr helfen. ...*

*Im Kern müssen wir – egal ob in oder außerhalb einer Bundesregierung – eine ganz andere Aufstellung vornehmen. Und diese andere Aufstellung bedeutet vor allem: die Europäisierung und **Internationalisierung unserer politischen Konzepte**. Zusammen mit unseren traditionellen Werten von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit kann das die erkennbare Differenz zu anderen politischen Wettbewerbern ausmachen. Der SPD-Parteivorsitzende Martin Schulz hat deshalb recht: Mehr internationale Zusammenarbeit, mehr europäische Zusammenarbeit, denn nur so werden wir das zentrale Versprechen des Sozialdemokratie wieder einlösen und soziale und auf Solidarität ausgerichtete Marktwirtschaften zu erzeugen.“¹*

Modern ist nicht postmodern

Es ist verblüffend, wenn ein amtierender Außen- und vorheriger Wirtschaftsminister, der für eine Steigerung der Rüstungsexporte verantwortlich ist, **kapitalismuskritisch eine Rückbesinnung auf Freiheit und auf Solidarität** einfordert. Die reale Regierungspolitik der 18. Legislaturperiode ist und wird noch langfristig ein schweres Erbe für die SPD sein. Dies ändert nichts am richtigen analytischen Ansatz von Gabriel in Bezug auf die „postmoderne Globalisierung“.

Geradezu schockierend ist dann aber die Behauptung, die SPD habe sich zu sehr um die Umwelt sowie Klimaschutz und um Datenschutz als um Arbeitsplätze und innere Sicherheit gekümmert. Schockierend ist diese Aussage nicht nur, weil sie zumindest mit unserer Wahrnehmung nichts gemein hat. Das

¹ Gabriel, Sehnsucht nach Heimat, Der Spiegel 51/2017, 30 f.

Umwelt- oder das datenschutzpolitische Profil der SPD war in der vergangenen Legislaturperiode dürrftig, auch wenn sich eine Barbara Hendricks und ein Heiko Maas hierzu sehr bemüht haben. Das sozialdemokratische Profil wurde insofern eher von Herrn Gabriel geprägt, der in Sachen Klima- und Datenschutz der CDU/CSU widerstandslos das Feld (Stichworte Autolobby, Klimaziele, Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung) überlassen hat, ohne dass auch nur eine Mentalreserve der SPD zu erkennen war. Schockierend ist die Aussage von Herrn Gabriel vor allem, weil sie Ausdruck einer in der SPD weit verbreiteten Tendenz ist. Danach bedeutet die Rückbesinnung auf sozialdemokratische Werte und Wurzeln, dass die ökologische und digitale Realität ausgeblendet wird. Schockierend ist dabei zudem, dass Herr Gabriel ein Erzählungsmuster verwendet, das von der AfD und anderen Rechtsextremen verbreitet wird: Danach ist die Klimakatastrophe eine Fake-News, und die Innere Sicherheit ist durch den Datenschutz in Gefahr.

Dass die Veränderung der Umwelt und die Digitalisierung von Arbeit und Gesellschaft auch die **Lebensgrundlagen des SPD-Klientels und der Demokratie** zerstört, ist bei diesen Sozialdemokraten scheinbar noch nicht angekommen. Diese Realität lässt sich nicht mit der Geißelung der „Postmoderne“ ändern, sondern nur mit einer kapitalismuskritischen Analyse und einer von der Realität ausgehenden Strategie. Statt vorhandene Befindlichkeiten der Verlierer in unserer Gesellschaft zu bedienen, sollte es Aufgabe der SPD sein, ein Verständnis für soziale und politische Zusammenhänge zu vermitteln. Ein solcher Zusammenhang besteht darin, dass die Digitalisierung Überwachungsmöglichkeiten im Betrieb und in der Gesellschaft eröffnet, die eine politische Gleichschaltung von Beschäftigten und von BürgerInnen ermöglicht. Wenn Herr Gabriel digitalen Grundrechtsschutz als irrelevant erklärt, fällt er den Betriebsräten und Beschäftigten in den Rücken, die sich trotz einer zunehmenden Überwachung und Kontrolle für Arbeitnehmerinteressen einsetzen.

Zugleich erledigt Herr Gabriel das **Geschäft großer IT-Firmen** mit Hauptsitz insbesondere in den USA, denen der Datenschutz ein Hindernis für ihr Geschäftsmodell darstellt und deren Digitalisierungsstrategien darauf hinauslaufen, nicht nur tradierte Arbeitsplätze wegzurationalisieren, sondern auch, Beschäftigte zu einflusslosen Anhängseln eines digitalisierten Produktionsprozesses zu degradieren.

Datenschutz als Arbeitnehmerschutz

Datenschutz ist die neue soziale Frage in der Arbeitswelt.² Diese Wirklichkeit taucht in den Überlegungen von Herrn Gabriel nicht auf. Die Netzaktivistin Katarina Nocun stellt zu Recht fest: „Die SPD, das war einmal die Partei der einfachen Leute, der Arbeiter. Der Kampf für den Erhalt der Privatheit könnte eigentlich sozialdemokratischer nicht sein. Auf der Basis von Datenbergen entstehen neue Macht- und Kontrollansprüche von Staat und Wirtschaft. Überwachung wird stets an denen ausprobiert, die sich nicht wehren können. (...) Mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand für alle: Der alte sozialdemokratische Traum des sozialen Aufstiegs für jeden wird durch den immer längeren digitalen Schatten gefährdet. Datenschutz stellt die Machtfrage zwischen Wirtschaft, Staat und Bürger.“³

² http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/datenschutz-in-der-arbeitswelt-eine-neue-soziale-frage-12882744.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0.

³ Nocun, Die neue soziale Frage, <http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitrag-vorratsdatenspeicherung-die-neue-soziale-frage-a-576526>.

Ist Gabriels Kritik am Datenschutz eine Einzelmeinung in der SPD? Es ist schon irritierend, dass Martin Schulz, bevor er zum SPD-Kanzlerkandidaten gekürt wurde, sich als Mitunterzeichner des Entwurfes einer **digitalen Grundrechtecharta für die Europäische Union** profilierte⁴ und als Kanzlerkandidat dann dieses Thema vollständig ignorierte. Es ist leider erkennbar, dass die CDU und die CSU wenig Interesse an einer grundrechts- und demokratieorientierten Regulierung der Digitalisierung haben, da sie noch der Vorstellung eines Silicon-Valley-Kapitalismus anhängen. Es war beängstigend, dass eine Partei wie die FDP, die sich bei jeder oppositionellen Gelegenheit als digitale Bürgerrechtspartei zu profilieren versucht, während des Bundestagswahlkampfes 2017 „Digitalisierung first, Bedenken second“ plakatierte und, als die Chance bestand, gemeinsam mit den Grünen in einer Jamaika-Koalition eine bürgerrechtsorientierte Digitalisierungspolitik zu betreiben, aus Angst vor den politischen Konsequenzen für die eigene Partei diese verwarf. Es ist immerhin zu begrüßen, dass es in der SPD relevante Stimmen gibt, welche die Freiheitsrelevanz digitaler Technik erkannt haben.⁵

Eine Chance

Die SPD hätte nun in den Verhandlungen mit CDU/CSU die Chance, den Rahmen vorzugeben und die **richtigen Weichen zu stellen**, um den Wandel unserer Industrie- zu einer Informationsgesellschaft so zu gestalten, dass dabei die Beschäftigten und die VerbraucherInnen, die ja zugleich auch StaatsbürgerInnen sind, nicht auf der Strecke bleiben. Diese Chance und Notwendigkeit, die inzwischen auch in den Gewerkschaften erkannt wird, scheint bei einem großen Teil der SPD noch nicht ins Bewusstsein gedrungen zu sein, für den Sigmar Gabriel repräsentativ ist.

Die große Koalition der 18. Legislaturperiode war nicht davon gekennzeichnet, sich der Digitalisierung unseres Lebens zu stellen. Sie zeichnete sich auch dadurch aus, nur wenige Antworten geben zu wollen, wie die sich digitalisierende Gesellschaft demokratie- und freiheitsverträglich gestaltet werden kann. Der sich über unsere Grundrechte ausbreitende Mehltau droht mit der Fortschreibung in der 19. Legislaturperiode zum Standard in Deutschland und Europa zu werden. Wir laufen Gefahr, dass die Unterschiede zwischen der Digitalpolitik und der Digitalkultur der USA und Chinas einerseits sowie Europas andererseits – zumindest wenn es nach der deutschen Regierung geht – immer weniger erkennbar sind. Die SPD hätte bzw. hat die Chance, dem etwas entgegen zu setzen und sich an die Spitze derer zu stellen, für die Digitalisierung verbunden wird mit der Parole Willy Brandts „**Mehr Demokratie wagen**“ durch Stärkung des Datenschutzes und der digitalen Freiheits- und Bürgerrechte. Im Sinne sowohl des Entwurfes einer digitalen Grundrechte-Charta wie auch des strategischen Ansatzes Gabriels kann dabei nicht mehr nur national, sondern muss europäisch und international agiert werden. Dafür muss sich der SPD der Wirklichkeit stellen.

⁴ <https://digitalcharta.eu/>.

⁵ Siehe dazu den Beitrag von Heiko Maas in DANA 3/2017, 156 ff. bzw. unter http://www.bmjv.de/SharedDocs/Reden/DE/2017/07032017_digitales_Leben.html.